



2002

Theodor Tomandl, Chef der Reformkommission
Geht es nach der Expertengruppe, werden künftige Pensionen kleiner ausfallen



2000

Susanne Riess-Passer und Wolfgang Schüssel
Das Frühpensionsalter wurde um 18 Monate erhöht – das sollte bis auf weiteres reichen

Land der Kranken

Pensionen. Die Reformvorschläge einer Expertengruppe stoßen auf heftigen Widerstand. Doch ohne schmerzhaftes Einschnitte wird es nicht gehen.

Von Rosemarie Schwaiger

Theodor Tomandl dürfte sich ziemlich einsam gefühlt haben. Ganz alleine saß er am Donnerstag vergangener Woche vor ungefähr 20 Journalisten. Wirklich alles musste er selber machen: die Begrüßung, die einführenden Worte, die Analysen, die Leitung des Frage- und Antwort-Spiels. Glück hatte Tomandl insofern, als Kaffee und belegte Brötchen zur Selbstbedienung bereitstanden – sonst hätte er wohl auch noch das Service übernehmen müssen.

Tomandl ist Sozialrechtler und Leiter einer 40-köpfigen Expertenkommission, die sich im Auftrag der Bundesregierung seit etwa zwei Jahren Gedanken über eine Reform des Pensionswesens macht. Dass er die Ergebnisse ganz alleine – also, zum Beispiel, ohne den ressortzuständigen Sozialminister Herbert Haupt – präsentieren musste, zeigt, wie schlecht die Nachrichten sind. Tomandl über die Perspektiven: „Eine weitere Pensionsreform ist unvermeidlich. Und sie muss schnell kommen.“

Die Expertenrunde ist zu der Überzeugung gelangt, dass es nicht reichen wird, wenn künftig länger gearbeitet wird; um das System langfristig finanzierbar zu erhalten, müssen die Pensionen auch noch kräftig gesenkt werden. So soll die sogenannte Nettoersatzrate (Nettopension in Relation zum letzten Nettogehalt) von derzeit durchschnittlich 88 Prozent (nach

45 Versicherungsjahren) auf 80 Prozent sinken. Wer vor Erreichen des gesetzlichen Pensionsalters ins Rentnerleben wechselt, soll Abschläge (drei bis vier Prozent pro Jahr) in Kauf nehmen müssen. Auch bei den Invaliditätspensionen seien Reformen unumgänglich. Die Experten plädieren dafür, neben den Voll- auch Teilpensionen einzuführen und durch verstärkte Prävention die Gesamtzahl zu senken. Wichtigste Forderung ist die Erhöhung des Durchrechnungszeitraumes: Statt der 15 besten Jahre soll

künftig das gesamte Arbeitsleben zur Pensionsbemessung herangezogen werden (siehe Kasten Seite 36).

Schon Tage vor der offiziellen Präsentation waren die wichtigsten Punkte dieses Papiers bekannt geworden. Und noch bevor das Konzept in physischer Form vorlag, wurde es von wütenden Gegnern bereits in Stücke gerissen. „Blut, Schweiß und Tränen“ sieht der grüne Sozialsprecher Karl Öllinger auf die Österreicher zukommen. Seine Parteikollegin Madeleine

Petrovic fürchtet vor allem die Konsequenzen für Frauen und sprach von „ökonomischer Witwenverbrennung“. SPÖ und ÖGB wollen über eine Pensionsreform erst dann reden, wenn sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt entspannt hat und, wie SP-Sozialsprecherin Heidrun Silhavy ausführt, „ältere Arbeitnehmer eine echte Alternative zur Frühpension haben“.

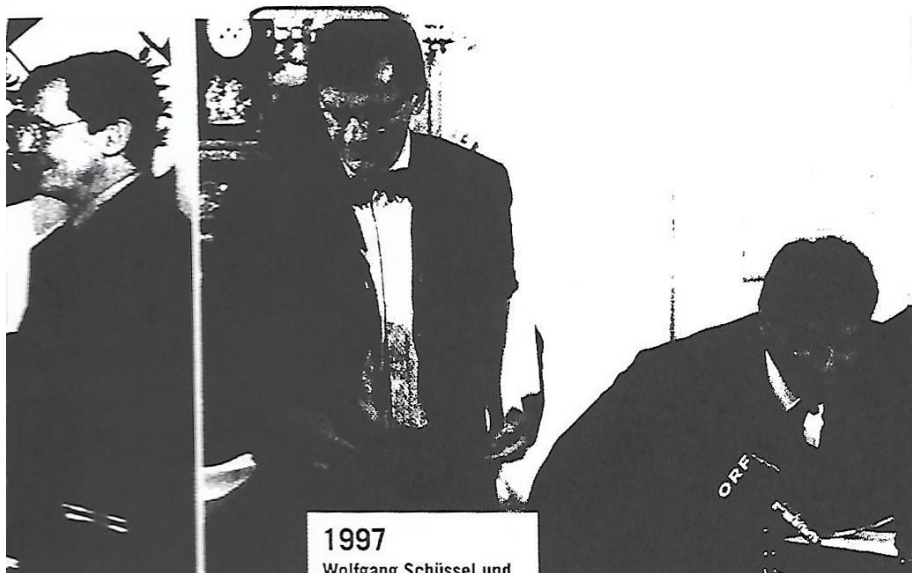
„Frühestens 2020“. Auch die Noch-Regierungsparteien ÖVP und FPÖ betasten den Expertenbericht mit größtmöglicher Vorsicht. Motto: Das Kommissionspapier sei bloß eine Diskussionsgrundlage. Sozialminister Herbert Haupt verspricht unterdessen, dass Pensionskürzungen frühestens 2020 infrage kämen – verschweigt aber, dass man sie dafür bald beschließen müsste.

„Warum gibt es bei diesem Thema jedes Mal eine solche Hysterie?“, fragt der Soziologe Bernd Marin. Der ausgewiesene Pensionsexperte hat in der Kommission mitgearbeitet, hält das jetzt präsentierte Endergebnis aber nur für „den kleinsten gemeinsamen Nenner, sozusagen das Mi-

„Eine weitere Pensionsreform ist unvermeidlich. Und sie muss schnell kommen“



„Der Bericht der Kommission ist nur der kleinste gemeinsame Nenner, sozusagen das Minimalprogramm“



1997

Wolfgang Schüssel und Viktor Klima Nach monatelangem Tauziehen wurde ein Reförmchen präsentiert, das nächstes Jahr in Kraft tritt

nimalprogramm“. Ginge es nach ihm, müssten die Sanierungsschritte viel härter ausfallen. Marin wünscht sich zum Beispiel, dass auch in bestehende Pensionen eingegriffen wird – eine Maßnahme, die im Expertenbericht ausdrücklich abgelehnt wird. Ihm sei das vielstimmige Geschrei zur Causa unbegreiflich, sagt Marin. „Können Sie mir erklären, warum man in Österreich nicht ganz normal über das Pensionsproblem diskutieren kann?“

In der Tat wird das Thema von der Politik seit Jahrzehnten mehr umkreist als bearbeitet. So ähnlich wie die Pensionsdebatte muss sich Sexualkundeunterricht in den sechziger Jahren abgespielt haben: irgendwie notwendig, aber hauptsächlich peinlich.

Dabei zeigt ein Blick auf die Zahlen, dass der Reformbedarf keine Erfindung von neoliberalen Unmenschen ist: Bis 2050 wird die Zahl der Österreicher im erwerbsfähigen Alter von derzeit 5,5 Millionen auf 4,8 Millionen sinken, die Zahl der Pensionisten dagegen von 1,4 auf 2,3 Millionen steigen. Der Pensionszuschuss des Bundes wird, so die Prognosen, schon im Jahr 2007 rund sechs Milliarden Euro betragen – 50 Prozent höher als derzeit.

Mit Pensionsausgaben von insgesamt 14,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) ist Österreich schon jetzt Spitzenreiter in der EU. Wird einfach so weitergemacht wie bisher, explodieren die Kosten. Alois Guger, Pensionsexperte beim Wirtschaftsforschungsinstitut (Wifo), hat eine

solche Status-quo-Hochrechnung für den Bereich der ASVG-Pensionen gemacht. Von 8,5 Prozent BIP-Anteil würde allein diese Position bis 2030 auf 14 Prozent steigen.

Zaghafte reformiert. Der enorme finanzielle Aufwand spiegelt sich in der Pensionshöhe: Mit Nettoersatzraten zwischen derzeit 73 und 91 Prozent gehören Österreichs Rentner international zu den besonders bevorzugten Oldies (siehe Grafik). Und das Geld beginnt noch dazu in einem Alter zu fließen, in dem das Geldausgeben noch richtig Spaß macht: Das faktische Pensionsalter liegt bei 58,7 Jahren (Männer) und 57,3 Jahren (Frauen). Angesichts dieser Parameter bietet „das österreichische Pensionssystem ausreichend Spielraum, um seine nachhaltige Finanzierbarkeit zu gewährleisten“, analysierte Alois Guger bereits 1997 in einem Wifo-Monatsbericht.

1997 fand auch tatsächlich eine Pensionsreform statt. Nach monatelangem Gezerre einigte sich die rot-schwarze Koalition damals auf ein paar bescheidene Korrekturen. Wichtigster Punkt: Für Frühpensionen wurde ein Durchrechnungszeitraum von 18 Jahren paktiert. Die Maßnahme ist allerdings noch nicht in Kraft, als Starttermin wurde der 1. Jänner 2003 bestimmt.

Die bislang letzte Reform datiert aus dem Sommer 2000, als die schwarz-blaue Regierung das Frühpensionsalter um ►

Teure Renten

Pensionsausgaben der EU-Staaten.

Österreich	14,5
Italien	13,8
Griechenland	12,6
Frankreich	12,1
Deutschland	11,9
Finnland	11,3
Dänemark	10,5
Belgien	10,0
Portugal	9,8
Spanien	9,4
Schweden	9,0
Niederlande	7,9
Luxemburg	7,4
Großbritannien	5,5
Irland	4,6

Angaben im Prozent des BIP

Quelle: Wifo

profil infografik-oez

Glückliche Österreicher

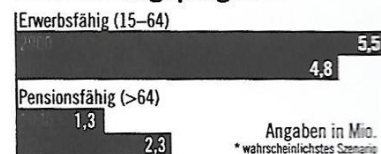
Netto-Einkommensersatzraten beim Pensionseintritt, in Prozent.

Land	Niedriges Einkommen		Qualifizierter Arbeitnehmer	
	Mittel	Höchste	Mittel	Höchste
Österreich	76	91	73	87
Kanada	53	64	34	40
Deutschland	63	80	67	85
Spanien	–	93	–	76
Finnland	68	71	49	50
Frankreich	57	88	42	62
Großbrit.	49	49	37	37
Israel	79	100	68	86
Island	86	93	81	88
Italien	62	89	62	89
Luxemburg	126	146	48	55
Norwegen	59	65	40	45
Portugal	55	73	60	80
USA	51	54	18	19

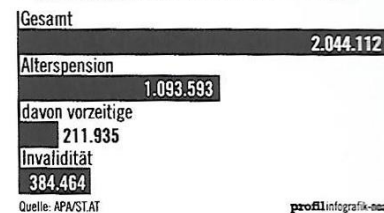
Quelle: Wifo

profil infografik-oez

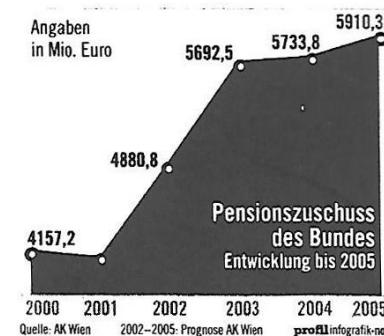
Bevölkerungsprognose



Pensionen im Oktober 2002



profil infografik-oez



profil infografik-oez

österreich

„Die Vorschläge der Kommission bedeuten für die Österreicher Blut, Schweiß und Tränen“



„Untersucht wurde nur der ASVG-Bereich, wo der Pro-Kopf-Zuschuss des Staates ohnehin am niedrigsten ist“

insgesamt 18 Monate anhub und den Abschlag für jedes Jahr weniger Arbeit von zwei auf drei Prozent erhöhte.

Das sollte fürs Erste reichen, hieß es. Im vergangenen Wahlkampf war von drohenden Pensionskürzungen und anderen Grausamkeiten jedenfalls nicht die Rede, obwohl die Expertengruppe zu diesem Zeitpunkt bereits mit erhöhtem Tempo an ihren Vorschlägen bastelte.

Siehe Österreicher. Das Heraufsetzen des Frühpensionsalters brachte zwar an dieser Front Erleichterung. Die Zahl der Frühpensionisten sank innerhalb von zwei Jahren um 30.000. Aber dafür werden die Österreicher immer hinfalliger: Über ein Drittel der Pensionierungen im Vorjahr war mit Invalidität begründet. Seit 1987 ist die Zahl der Invaliditätspensionen um 555 Prozent gestiegen – erstaunliche Werte für eine hoch entwickelte Industrienation, deren Bürger sich über eine ständig steigende Lebenserwartung freuen dürfen.

Bernd Marin kann diese Zahlen nur noch mit Polemik erklären. „In Italien ist die Steuerhinterziehung ein Volkssport, in

Österreich die Frühpensionierung.“ Er sei jetzt 53 Jahre alt und müsse sich wohl bald ein wirkungsvolles Zipperlein überlegen, spottet Marin. „Denn offensichtlich herrscht allgemeine Übereinstimmung darüber, dass man mit Mitte 50 ein Wrack zu sein hat.“

An dieser Stelle hinkt auch die Argumentation von SPÖ und Gewerkschaftern ein wenig. Dass die Erwerbsquote der Älteren im internationalen Vergleich viel zu niedrig ist, stimmt zwar und gehört schleunigst geändert. Doch dies liegt, nach Ansicht der meisten Experten, nur zu einem

sehr geringen Teil an brutalen Chefs, die ihre ergrauten Mitarbeiter auf die Straße setzen. Vielmehr habe sich ein harmonisches Zusammenspiel zwischen Dienstnehmern, Dienstgebern und Ärzten entwickelt, von dem

alle profitieren – bis auf die Allgemeinheit, die dafür zahlen muss.

„Wir werden das System so ändern müssen, dass es einen Anreiz gibt, länger zu arbeiten“, meint der Wifo-Experte Alois Guger. „Die derzeitigen Abschlüsse bei den Frühpensionen reichen nicht aus.“

Der Bericht der Tomandl-Kommission

wird dafür wohl wirklich nur als Diskussionsgrundlage dienen können, denn er hat einige Schwächen. „Untersucht wurde nur der ASVG-Bereich, wo der Pro-Kopf-Zuschuss des Staates ohnehin am niedrigsten ist“, bemängelt SP-Sozialsprecherin Heidi Silhavy. Die Systeme von Beamten, Selbstständigen und Bauern wurden nicht nach Verbesserungsmöglichkeiten durchforstet.

Dazu kommt, dass der erweiterte Durchrechnungszeitraum in erster Linie die Frauen trafe, deren Pensionen ohnehin schon deutlich niedriger sind als die der Männer. Hier müsste auf jeden Fall in irgendeiner Form gegengesteuert werden.

Monatelange Debatten sind erfahrungsgemäß aber sowieso vorprogrammiert – nicht nur auf der politischen Ebene, sondern auch unter den Mitgliedern der Reformkommission. Einen Tag nach Theodor Tomandls One-Man-Show im Sozialministerium meldeten sich bereits die ersten Mitstreiter tadelnd zu Wort. Tomandl habe abweichende Meinungen der Gruppe nicht extra referiert, wurde bemängelt. Außerdem weise der Endbericht ein paar fachliche Fehler auf.

Über Pensionen lässt sich eben wirklich gut streiten. ■